

Universitätsstadt Tübingen
Fachbereich Bürgerdienste, Sicherheit und Ordnung
Heß, Richard Telefon: 07071-204-2300
Gesch. Z.: 3/50/

Vorlage 51/2018
Datum 07.02.2018

Berichtsvorlage

zur Behandlung im **Verwaltungsausschuss**

Betreff: Sicherheitsdienst in Flüchtlingsunterkünften

Bezug: Sperrvermerk im HH 2018, UA 4982 - Vergabe an Dritte

Anlagen: 0

Zusammenfassung:

Die Verwaltung hat sich aufgrund der Vorkommnisse in der Flüchtlingsunterkunft in der Europastraße entschieden, einen Sicherheitsdienst zu beauftragen, der zwischen 18.00 Uhr und 08.00 Uhr für Ordnung sorgen und insbesondere die Zugangsberechtigung und die Besucherströme kontrollieren soll.

Der Sicherheitsdienst hat seine Arbeit am 09.10.2017 aufgenommen und ist bis zum 31.03.2018 beauftragt. Er hat sich bewährt, die Störungen in und um die Unterkunft sind signifikant zurückgegangen. Mit den eingestellten Mitteln soll eine mittelfristige Beauftragung ermöglicht werden.

Ziel:

Mit der Beauftragung eines Sicherheitsdienstes soll ein geordneter Betrieb der Flüchtlingsunterkunft gewährleistet werden.

Bericht:

1. Anlass / Problemstellung

Die SPD-Fraktion hat zum Haushaltsentwurf 2018 den Antrag gestellt, einen Sperrvermerk bei der HH-Stelle 1.4982.6011.000 in Höhe von 150.000 € einzustellen und einen Bericht im Ausschuss erbeten. Der Sperrvermerk wurde beim HH-Beschluss zurückgenommen; die Vorlage soll dennoch über die Situation berichten.

2. Sachstand

Die Verwaltung hat sich aufgrund der Vorkommnisse in der Flüchtlingsunterkunft in der Europastraße entschieden, einen Sicherheitsdienst zu beauftragen, der zwischen 18.00 Uhr und 08.00 Uhr für Ordnung sorgen und insbesondere die Zugangsberechtigung und die Besucherströme kontrollieren soll. Der Sicherheitsdienst hat seine Arbeit am 09.10.2017 aufgenommen und ist bis zum 31.03.2018 beauftragt.

In der Unterkunft kam es wiederholt zu Konfliktsituationen auch zwischen den Bewohnern und zu strafrechtlichen Handlungen wie Körperverletzung und Rauschgiftdelikten. Hier muss besonnen, aber entschieden reagiert werden. Waren die Ordnungskräfte selbst nicht in der Lage, die Situation möglichst schnell zu beruhigen, haben sie die Polizei verständigt. Ihre professionelle Arbeit bringt einen Mehrwert für mehr Sicherheit in der Unterkunft und wirkt sich auch präventiv im Zusammenhang mit der Verhinderung von Straftaten aus. Bei beobachteten Straftaten wird grundsätzlich mit der Polizei Verbindung aufgenommen. Seither haben die Störungen signifikant abgenommen.

Für Belegung und Betrieb der Unterkunft ist die Fachabteilung Hilfen für Geflüchtete zuständig. Mit der Beauftragung des Sicherheitsdienstes sollten insbesondere folgende Probleme behoben bzw. verbessert werden:

Es geht zu einem um die Überprüfung der Zugangsberechtigung. Dabei soll die Übergabe von Wohnungsschlüssel an unbefugte Personen, sowie dauerhafte Fremdübernachtungen verhindert werden. Darüber hinaus geht es um die Einhaltung der Nachtruhe, Verhinderung von aggressiven Verhaltensweisen und Gewalt. Seit Einführung des Sicherheitsdienstes konnte eine spürbare Verbesserung der Gesamtsituation erreicht werden. In kritischen Fällen werden Platzverweise ausgesprochen und die Polizei verständigt.

Die Polizei hatte mehrere Einsätze rund um das Gebäude Europastraße und bestätigt ebenfalls eine Verbesserungen der Gesamtsituation:

„Seit der Anwesenheit des Sicherheitsdienstes wurden keine Eigentumsdelikte mehr bekannt.

Der Einsatz des Sicherheitsdienstes macht sich auch in der Intensität der Auseinandersetzungen bemerkbar. So wurden seit dem 09.10.2017 keine, vom vorgesehenen Strafraumen her betrachtet, schwerwiegenderen Delikte registriert.

Die Gesamtzahl der polizeilichen Einsätze (zumeist Streitigkeiten alkoholierter Asylbewerber) in der Europastraße 35-37 ist seit dem 09.10.2017 jedoch nicht gesunken. Dies dürfte aber auf die Anforderungen des Security-Dienstes um Unterstützung zur Durchsetzung von Platzverweisen oder zur Einhaltung der Nachtruhe zurückzuführen sein, die so vorher gar nicht erfolgten.“

3. Vorgehen der Verwaltung

Die Verwaltung hält aufgrund der Belegungssituation und der Vorkommnisse in der Flüchtlingsunterkunft eine Fortführung des Sicherheitsdienstes an diesem Standort über das ganze Jahr 2018 für erforderlich. Die Beauftragung des Sicherheitsdienstes soll über den 31.03.2018 hinaus verlängert werden.

4. Lösungsvarianten

Aus Sicht der Verwaltung müssen in der Unterkunft in der Europastraße aufgrund der Zusammensetzung der Bewohner zusätzliche Sicherheitsvorkehrungen getroffen werden, um einen geordneten Betrieb zu gewährleisten. Die Verwaltung sieht keine Lösungsvarianten.

Bei neuen zu belegenden Unterkünften wirkt die Verwaltung auf eine möglichst gemischte Belegung und gute soziale Betreuung in den Unterkünften hin. Dennoch sind auch Personen unterzubringen, bei denen es zu Sicherheitsproblemen kommen kann. Die Erfordernis eines zeitweisen Sicherheitsdienstes auch für andere Standorte ist deshalb nicht auszuschließen.

5. Finanzielle Auswirkungen

Die Beauftragung des Sicherheitsdienstes in der jetzigen Form kostet für ein Jahr ca. 225.000 €.